

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 103 (2023)
Heft: 1107

Rubrik: Markt und Moneten ; Politik für Zyniker

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MARKT UND MONETEN

Lebensführung ist Privatsache

Politiker jeglicher Couleur meinen, sie müssten uns vorschreiben, wie viel wir zu arbeiten hätten. Linke aus Zürich finden, die Politik müsse die Hausarbeit von den Frauen auf die Männer umverteilen und mit Lohnzahlungen entschädigen. Aber auch der Präsident des Arbeitgeberverbandes, Valentin Vogt, sieht unseren Wohlstand bedroht, wenn zu viele Leute einfach nur ihr eigenes Leben optimierten und Teilzeit arbeiteten. Wie kommen Politiker, gar «bürgerliche», dazu, sich in so private Fragen einzumischen?

Der Ruf nach noch mehr Arbeitsvorschriften ist die Folge von massiven Subventionen in die Bildung, falschen Steueranreizen und einer nicht solid finanzierten Altersvorsorge. Je stärker der Staat eingreift, desto mehr werden die Lebensentscheidungen des Individuums zur Angelegenheit der Gesellschaft.

Es kommt zu einem Aufschrei, wenn die gut ausgebildete Ärztin «nur» zu Hause arbeitet, statt ihrem Job nachzugehen. Der Steuerzahler habe ihr für mehr als eine halbe Million Franken ihr Studium finanziert, und jetzt zahle sie zu wenig in die AHV ein. Es geht gar so weit, dass Ökonomen und Politiker behaupten, dass Teilzeitbeschäftigte mit höherer Ausbildung die AHV aushöhlten, weil sie nicht mehr viel mehr als den koordinierten Lohn verdienen. Unser System strotzt vor Fehlanreizen, so dass individuelle Optimierung tatsächlich zum gesellschaftlichen Problem wird.

Der Weg mit immer neuen Vorschriften führt in eine dystopische Welt, in der Beamte entscheiden, wer welchen Beruf zu wählen hat, wer berechtigt ist, Teilzeit zu arbeiten, und wer für die Haushaltsarbeit zuständig ist. Das ist schlimmer als in der DDR. Der Ausweg besteht darin, Regulationen und Gesetze abzuschaffen oder zu vereinfachen. Die Werkzeuge dafür heissen Individualbesteuerung, Bildungsgutscheine, Minderung der Steuerprogression oder neue Rentenregeln in der AHV. Wir müssen uns so organisieren, dass jede Familie und jeder einzelne das Leben nach eigenem Gusto gestalten kann, ohne dass deswegen gleich eine politische Diskussion entbrennt.



Alexandra Janssen

leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit den praktischen Erkenntnissen, die sich aus der ökonomischen Theorie ergeben.

POLITIK FÜR ZYNIKER

Infantile Klimapolitik

Es war ein herber Rückschlag für die grünen Wahlsieger von 2019: Im Juni 2021 lehnten die Schweizer Stimmberechtigten das neue CO₂-Gesetz ab. Die Vorlage hatte eine Lenkungsabgabe vorgesehen – ein im Grunde liberales Instrument –, deren Einnahmen allerdings nur teilweise an die Bevölkerung verteilt worden wären. Ein Drittel der Einnahmen wäre in einen Fonds geflossen, was den Lenkungseffekt verwässert hätte.

Aus dem Scheitern zog die Politik die Lehre, dass Klimaschutz die Bürger keinesfalls etwas kosten dürfe. «Die Bevölkerung soll nicht bestraft werden», betonte Energieministerin Simonetta Sommaruga, als der Bundesrat eine neue Vorlage in Form eines indirekten Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative zimmerte, die in der Folge zurückgezogen wurde. Das Ergebnis, das Klimagesetz, kommt am 18. Juni zur Abstimmung. Statt auf Abgaben setzt es nun erstens auf Ziele, die zwar exakt vorgegeben sind, deren Erreichung aber maximal schwammig gelassen wird, um ja niemanden zu verschrecken. So sollen die Treibhausgasemissionen im Verkehr bis 2040 um genau 57 Prozent gegenüber 1990 sinken. Dazu sind etwa bürokratische Instrumente wie «Fahrpläne für Unternehmen und Branchen» vorgesehen.

Zweitens setzt die Politik auf ein altbewährtes Mittel: Subventionen. Zwei Milliarden Franken erhalten allein Hauseigentümer im Rahmen eines zehnjährigen «Impulsprogramms» für den Ersatz fossiler Heizungen. Man mag es ihnen gönnen. Bloss gibt es da noch das klitzekleine Detail zu beachten, dass auch für diesen Geldsegen letztlich jemand aufkommen muss. Etwa der Konsument, wenn durch «Fahrpläne» zusätzliche Kosten für Unternehmen entstehen, die auf die Produkte überwält werden. Oder der Steuerzahler, wenn er die Löcher in der Bundeskasse stopfen muss.

Die Befürworter werben damit, dass die Vorlage keine neuen Steuern oder Abgaben und auch keine Verbote enthalte. Dass sie gleichwohl viel Geld kosten wird und die Türe für neue Regulierungen öffnet, verschweigen sie aber.

Das Klimagesetz ist damit Ausdruck einer zunehmenden Infantilisierung der Politik: Wie wenn die Eltern einem Kind auf die Frage «Sind wir bald da?» entnervt mit «Ja» antworten, obwohl die Fahrt noch zwei Stunden dauert, nur damit es nicht zu schreien beginnt, so verschont die Politik die Bürger mit jeglichen Angaben zu langfristigen Kosten, um sie zu einem Ja zum Gesetz zu bewegen.



Lukas Leuzinger

ist stellvertretender Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.